

Ulrich Herbert

In der neuen Weltordnung.

Zur deutschen Geschichte seit 1990.

Freiburg, Verein der Freunde der Universität, 12. Mai 2016.

Im November 1990 wurden das Ende des Kalten Krieges und der Triumph des Westens mit der „Charta von Paris“ feierlich beglaubigt. Alle europäischen Staaten, auch die Sowjetunion, bekannten sich darin zu Rechtsstaat und Demokratie und zur Wahrung der Menschenrechte – zweifellos ein bemerkenswerter Moment, aber eher noch eine *Momentaufnahme*, denn das Ende der Ost-West-Konfrontation war zugleich der Auftakt zur Herausbildung einer neuen globalen Machtstruktur, in der die USA zunächst als einzige Supermacht auftraten, bis sich dann ein kompliziertes, multipolares System herauszubilden begann. Dieser Prozess ist bis heute nicht abgeschlossen.

Die *alte* Bundesrepublik, wie sie nun bald genannt wurde, war seit Jahrzehnten gut damit gefahren, sich aus den internationalen Verwicklungen weitgehend herauszuhalten oder sich doch nur im Geleit der USA und nie militärisch zu engagieren. Der Kalte Krieg hatte die Welt bipolar geteilt, und die außenpolitische Orientierung beider deutschen Staaten, die am Brennpunkt dieser Konfrontation lagen, war durch diese bipolare Struktur definiert. Durch den Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums und die deutsche Wiedervereinigung in deren Gefolge veränderte sich diese Ausgangsposition grundlegend. Nun besaß die vergrößerte Bundesrepublik das, was sie so lange begehrt (aber doch nicht wirklich vermisst) hatte: Souveränität. Wie aber sollte sie damit umgehen in einer Welt, in der die alten Machtstrukturen zerfallen und die neuen sich noch nicht herausgebildet hatten? Würde sich die wirtschaftliche Stärke des Landes stärker in politische verwandeln? War das überhaupt erstrebenswert? Und: würde sich die wirtschaftliche Stärke angesichts des Zustands der ostdeutschen Wirtschaft überhaupt erhalten lassen? Mit der Entstehung der *neuen* Bundesrepublik wuchsen zudem paradoxerweise sowohl die Befürchtungen der europäischen Nachbarn vor einem Deutschland, das nun stärker und selbstbewusster auftreten würde, als auch ihre Erwartungen an die Deutschen, eben gerade dies zu tun. Auf einen solchen Rollenwechsel war die Bundesrepublik nicht eingerichtet, und sie brauchte – wenn überhaupt - eine längere Zeit, um ihre Position zu finden und einigermaßen adäquat auszufüllen.

Zudem war das Ende des Kalten Krieges nur die eine Seite der neuen Weltordnung. Die andere war weniger spektakulär auf ein Ereignis gerichtet, aber mindestens ebenso wirkmächtig: die Globalisierung, die sich ebenso sehr auf die wirtschaftlichen wie auf die politischen Strukturen auswirkte. In dieser Doppelung aber lag die eigentliche Herausforderung; und sie kam nicht schleichend über uns, sondern krachend innerhalb weniger Monate.

Ich will das im Folgenden in der gebotenen Kürze anhand von drei Aspekten durchprüfen; es geht 1. um den *Schock der Globalisierung*, 2. die *internationalen Migrationsprozesse* und 3. die Frage *militärischer Interventionen im Ausland*. Abschließend will ich einige zusammenfassende Überlegungen und Perspektiven anfügen.

1. *Der Schock der Globalisierung*

Wirtschaftlich war die deutsche Wiedervereinigung zunächst ein Fiasko. Das Bruttoinlandsprodukt in den neuen Ländern stürzte nach 1991 auf 60 Prozent des Werts von 1989 ab. Betriebsstilllegungen und Massenentlassungen in historisch beispiellosem Ausmaß kennzeichnete die ersten zehn bis fünfzehn Jahre nach 1990.. Innerhalb weniger Monate sank die Zahl der Erwerbstätigen in den Ostländern um ein Drittel von 9,7 auf 6,2 Millionen. Die Erhaltung ostdeutscher Betriebe wurde zum Milliardengrab. Für die Sicherung eines einzigen Arbeitsplatzes zahlte der Staat im Falle der norddeutschen Werften etwa 600.000 DM, bei im Falle der Dow Chemical gewaltige fünf Millionen DM.

Die wirtschaftspolitischen Fehler beim Vereinigungsprozess waren am Anfang gemacht worden. Der aus politischem Opportunitätsdenken geborene Verzicht auf Steuererhöhungen blähte die Staatsschulden massiv auf, während die zusätzlichen Kosten in der Arbeitslosen- und Sozialversicherung versteckt wurden, was die Arbeitslosigkeit weiter nach oben trieb.

Diese *vereinigungsbedingten* Probleme wurden durch die *strukturellen* Probleme multipliziert, die die westdeutsche Wirtschaft seit den 1970er Jahren mit sich trug. Denn seit den 1970er und verstärkt seit den 1980er Jahren schlugen die mit dem Stichwort „Globalisierung“ verbundenen weltweiten Entwicklungen voll auf die nach wie vor überwiegend von klassischer Industrie geprägte westdeutsche Nationalwirtschaft durch. Dabei ging es vor allem um fünf Prozesse: 1) die Zunahme der ausländischen Direktinvestitionen; 2) die Expansion des Welthandels (im Volumen zwischen 1980 und 2007 von 2,4 auf 17,0 Billionen Dollar); 3) die Zunahme der transnational agierenden Unternehmen; 4) der Aufstieg der globalen Finanzmärkte mit der Explosion des Aktienhandels; und 5) die Revolution bei Datenverarbeitung und Kommunikation, die mit der Ausbreitung des World Wide Web Mitte der neunziger Jahre völlig neue Dimensionen der kommunikativen Vernetzung der Welt eröffnete.

Die Bundesrepublik hatte jedoch bis Ende der 1980er Jahre keine adäquaten Antworten auf die Globalisierung und die damit verbundenen Prozesse des Strukturwandels gefunden: Bereits seit den siebziger Jahren fielen Millionen von Arbeitsplätzen weg, vor allem in den alten Industrien wie Bergbau, Werften, Eisen und Stahl. Die Zahl der Arbeitslosen stieg und sank auch bei Wirtschaftswachstum nicht. – hier verstärkten sich Vereinigungskrise und Strukturkrise wechselseitig. Immer weniger Vollzeitbeschäftigte finanzierten immer mehr Arbeitslose.

Die Auswirkungen von Strukturwandel und Globalisierung waren mit dem überkommenen, aus der Phase der klassischen Industriegesellschaft stammenden Wirtschafts- und Sozialmodell offenbar nicht zu bewältigen.

Zudem waren die Handlungsspielräume der einzelnen Regierungen zunehmend begrenzt; denn die Globalisierung ließ den Einflussbereich der Nationalwirtschaften weit hinter sich. Vielmehr gerieten die nationalen Regierungen unter Druck, eine Wirtschafts- und Sozialpolitik zu betreiben, welche dem volatilen Kapital die besten Investitionsbedingungen bot. In der Konsequenz bedeutete dies in nahezu allen Fällen: Rückzug des Staates aus der Wirtschaft, Liberalisierung der Handels- und Steuervorschriften, Flexibilisierung der Löhne, Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, Reduktion der Sozialausgaben

Die westdeutsche „Wirtschaftsverfassung“, die sogenannte „Deutschland AG“ mit ihren ehrwürdigen Industrieunternehmen, der engen Verflechtung von Banken und Industrie und dem ausgeprägten sozialen Absicherungssystem, erschien nun als nahezu anachronistisches Überbleibsel einer vergangenen Epoche. Ein Beispiel: Die Software-Firma Microsoft, die 1999 mit knapp 30.000 Mitarbeitern etwa 14,5 Milliarden Dollar Umsatz machte, wurde in diesen Monaten mit einem Aktienwert von 435 Milliarden Dollar bewertet – mehr als Telekom, DaimlerChrysler, Mannesmann, SAP, Bayer, Metro, Siemens und Hoechst zusammen, die mit 1,3 Millionen Mitarbeitern einen Umsatz von 387 Milliarden erreichten.

Für viele galten nun die angelsächsischen Staaten, die solche Hemmungen abgebaut hatten und den Finanz- wie den Arbeitsmarkt weitgehend liberalisiert hatten, als Vorbild. Deren neoliberale oder marktfundamentalistische Wirtschaftspolitik versprach schnellere Erfolge als das behäbigere deutsche System, und angesichts der Millionen von Arbeitslosen schien jedes Mittel Recht, sie irgendwie in Arbeit zu bringen. Andererseits waren die Schattenseiten des angelsächsischen Modells schwerlich zu übersehen. Zwei Drittel der in Großbritannien neu geschaffenen Stellen waren Teilzeitjobs – Arbeitsplätze ohne Kündigungsfrist, ohne Krankenversicherung, ohne bezahlten Urlaub und mit Löhnen, die nur knapp oberhalb der Armutsgrenze lagen.

Die Grundsatzfrage war daher, ob und wie das deutsche Sozialsystem umgebaut und wie es in Zukunft finanziert werden sollte. Der „Reformstau“ (das „Wort des Jahres“ 1997) war durch die Wiedervereinigung nicht entstanden, aber verschärft und vertieft worden. Diese strukturellen Defizite verstärkten sich in den Folgejahren noch und führten in der Zeit von 1994 bis 2005 zu einer tiefgreifenden Krise des deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells: Deutschland galt nun als „der kranke Mann am Rhein“. Erst als dem Land und seiner Regierung das Wasser im Jahr 2003 bis zum Hals stand, im übertragenen wie im wörtlichen Sinne, setzte die Regierung Schröder die Agenda 2010 in Gang.

Zugleich war die Bundesregierung bereits seit Mitte der achtziger Jahre bemüht, die Kapitalmärkte zu liberalisieren, um so mit den angelsächsischen Staaten mithalten zu können. Die Börsenumsatzsteuer wurde abgeschafft, Hedgefonds zugelassen und die Börsen für den elektronischen Handel geöffnet.

Die Folgen der immer weiter reichenden Vernetzung der internationalen Finanzmärkte wurden dann aber auf brutale Weise spürbar: Der New Yorker Börsenkrach von 1987 hatten sich noch wie ein rein amerikanisches Problem angefühlt. Der Zusammenbruch der *New Economy* im Jahr 2000 schon nicht mehr, galt aber als Ausgleich ungesunder „Blasen“ und

überzogener Erwartungen an die neuen, digitalisierten Unternehmen. Die Lehmann-Crisis von 2008 schließlich übertraf alles seit 1930 Erlebte und ließ die Welt einige Wochen und Monate in den Abgrund schauen. Die Krise ließ Länder verarmen, Staaten zahlungsunfähig werden und die Zahl der Hungernden auf der Welt nach Berechnungen der Weltbank um fast 100 Millionen ansteigen. Im Sommer 2009 schätzte der Internationale Währungsfonds die durch die Finanzkrise weltweit entstandenen Verluste auf etwa 12 Billionen Dollar. Die sich anschließende, bis heute schwelende Eurokrise war die direkte Folge dieser Entwicklungen.

In der deutschen Reaktion auf diese zerstörerische Krise offenbarten sich zwei bemerkenswerte Überraschungen: Zum einen die Rückkehr des Staates, denn es war in allen Ländern der Staat, der mit einem gigantischen Bankenrettungsprogramm den Zusammenbruch des Finanzsystems verhinderte, mit Konjunkturprogrammen die Wirtschaft wieder ankurbelte und mit Kurzarbeitsgeld den Arbeitsmarkt stabilisierte. Zum anderen erwies sich die deutsche Wirtschaft als erstaunlich krisenfest – und zwar gerade wegen ihres starken Industriesektors. Nicht kurzfristige Geldsäbeleien, sondern hohe Produktqualität, aber auch Tarifsystem, Mitbestimmung, und soziale Absicherung erwiesen sich nun als erfolgreiche Faktoren der Stabilisierung – ausgerechnet das zuvor für tot erklärte „Modell Deutschland“ galt nun als Krisengewinner. Mit etwas Abstand erkennt man allerdings, welche Faktoren neben den Reformen der Agenda den Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft vor allem begünstigt hatten: zum einen war der nach 1990 erweiterte Europäische Markt für die deutsche Wirtschaft von besonderem Vorteil, zum anderen führte die präzedenzlose Wachstumsphase der chinesischen Wirtschaft zu nahezu unendlichem Bedarf an Stahl, Maschinen, Autos und Chemieprodukten, also ausgerechnet an solchen Produkten, die um das Jahr 2000 als hoffnungslos anachronistisch gegolten hatten. Dieser Boom hält nach wie vor an. Aber jedem ist klar, dass er über kurz oder lang enden wird. Dann werden sich viele alte Fragen neu stellen.

2. Internationale Migrationsbewegungen

Der Zusammenbruch der kommunistischen Staatenwelt hatte auch die Migrationsbewegungen verstärkt, die sich in Folge der Globalisierung bereits seit den 1980er Jahren ausgeweitet hatten und Deutschland vor allem auf dem Weg des Politischen Asyls erreichten. Die Zahl der Asylbewerber nahm nach der Öffnung der Grenzen in Osteuropa drastisch zu. Sie lag 1989 in der Bundesrepublik bei 120.000, 1990 bei 190.000. Bis 1992 stieg sie dann auf 438.000, um nach der Änderung des Grundgesetz-Artikels 16 im Dezember 1992 wieder auf das Ausgangsmaß von etwa 120.000 pro Jahr zurückzufallen. Zwei Drittel der Asylbewerber kamen aus Osteuropa. Insgesamt sind zwischen 1988 und 2006 etwa sechs Millionen Menschen nach Deutschland gekommen, knapp drei Millionen auf dem Weg des Asylrechts, etwas mehr als drei Millionen als sogenannte Aussiedler.

Bereits seit 1988 hatten die Unionsparteien gefordert, dass der stark zunehmende Zuwanderungsdruck nach Deutschland abgewehrt werden müsse – und zwar durch die Änderung des Grundgesetzartikels 16 über die Gewährung von politischem Asyl. Dazu

bedurfte es einer Zweidrittelmehrheit im Bundestag und mithin der Mithilfe der SPD. Bei den Sozialdemokraten war diese Frage jedoch umstritten. Daraufhin begann die Union im Vorfeld der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen vom Dezember 1990 mit einer Kampagne für eine Veränderung des Grundrechts auf Asyl und zielte dabei vor allem auf die unschlüssige SPD. Diese Kampagne, die in dem Vorwurf gipfelte, bei den Asylbewerbern handelte es sich weit überwiegend um Asylbetrüger, bestärkte die ohnehin vorhandenen Ängste und Sorgen von Teilen der Bevölkerung und begann sich jedoch rasch zu verselbständigen. Kein anderes Thema, so zeigten die Umfragen, bewegte die Deutschen in diesen Jahren so sehr wie die Asylproblematik. Von Juni 1991 bis Juli 1993 war für die Deutschen das Thema „Asyl/Ausländer“ das wichtigste Problem vor Vereinigungskrise und Jugoslawien-Krieg, mit Spitzenwerten von nahe 80% im Sommer 1991 und Sommer 1992.

Mit Maueröffnung und Wiedervereinigung war der Zuzug von Ausländern und Asylbewerbern, aber auch von deutschstämmigen Aussiedlern, von einem westdeutschen zu einem gesamtdeutschen Problem geworden. In der DDR hatte es nur sehr wenige Ausländer gegeben, gleichwohl war den DDR-Behörden wohl bewusst, dass in der DDR-Bevölkerung fremdenfeindliche Stimmungen durchaus verbreitet waren. Die aber waren bis dahin weitgehend unterdrückt worden.

Nach der Öffnung der Grenzen und der Wiedervereinigung wurden die Menschen in Ostdeutschland jedoch mit einer fremden Welt des Westens konfrontiert, in welcher ihnen die etwa sieben Millionen dort lebenden Ausländer bzw. Menschen mit Migrationshintergrund doppelt fremd vorkommen mussten. Zugleich war erste politische Erfahrung, die die Ostdeutschen im wiedervereinigten Deutschland machten, eine hoch emotionalisierte Asyldebatte, in der Gewalt gegen Ausländer als Gefahr beschrieben, aber auch als Drohung verstanden wurde. Dadurch entstand allmählich ein politisches Klima, in dem in zugespitzten Situationen vor allem Jüngere den Eindruck gewinnen konnten, Überfälle auf Ausländer seien legitim und würden womöglich augenzwinkernd geduldet. Im September 1991 kam es dann zu dem aufsehenerregenden ausländerfeindlichen Exzess im ostdeutschen Hoyerswerda, der zahlreiche weitere ausländerfeindliche Anschläge und Übergriffe nach sich zog. Rostock-Lichtenhagen, Mölln, Solingen mögen hier als Stichworte genügen. Von 1990 bis 1993 fielen insgesamt mindestens 49 Ausländer solchen Pogromen zum Opfer.

Unter dem Druck dieser Ereignisse und der weiter eskalierenden Kampagne stimmten die Sozialdemokraten schließlich der Änderung des Asylartikels zu, wodurch Deutschland gegenüber Zuwanderung auf dem Asylweg praktisch abgeriegelt und die Verantwortung für die Asylbewerber auf die Staaten an den Außengrenzen der Europäischen Union übertragen wurde. Das Problem schien damit gelöst – ein Trugschluss, wie man heute weiß.

Hier zeigte sich die neue Weltordnung von einer ganz anderen Seite: Die Unterschiede zwischen dem reichen Nordwesten der Welt und dem armen Süden und Osten schlugen sich aufgrund der politischen Entwicklungen, aber auch der Durchsetzung globaler Kommunikationsnetze in massenhaften Migrationsbewegungen nieder, und rasch zeigte sich, welche enorme innenpolitische Sprengkraft diese Frage in sich barg. Die Globalisierung, das zeigte sich hier ebenso wie in Frankreich, Italien, den Niederlanden oder den

skandinavischen Ländern, zog nicht nur bei den verstärkten Migrationsbewegungen, aber eben vor allem hier heftige nationalistische Reaktionen in Teilen der Bevölkerung nach sich, deren Dynamik in Krisenzeiten offenbar kaum steuerbar ist.

Seit etwa 2012 begann die Massenmigration nach Europa und hier besonders nach Deutschland wieder anzuwachsen. Sie ist aber nur ein kleiner, gewissermaßen der für uns sichtbare Teil der weltweiten Migrationsprozesse. Die neuen industriellen Zentren in Asien und im Nahen Osten, aber auch bestimmte Regionen in Afrika sind zunehmend das Ziel von Migrationsströmen geworden.

Die Gesamtzahl der Migranten, also derer, die sich legal oder illegal für längere Zeit in einem anderen als ihrem Geburtsland aufhalten, wird weltweit auf 175 bis 200 Millionen geschätzt. Etwa zehn Prozent von ihnen – nach Schätzung der International Labor Organisation ILO, aber deutlich mehr - sind illegal in das Einwanderungsland gekommen und leben dort unter den besonderen Bedingungen der Illegalität oder Halblegalität. Ihre Lage ist in jeder Hinsicht prekär, vor allem weil sie keine längerfristige Perspektive aufbauen und von den sie nur duldbenden Behörden jederzeit zurück geschickt werden können.

Die illegale Immigration nach Europa ist bis zum Sommer 2015 vor allem durch die spektakulären Bilder der über Schiffspassagen nach Europa kommenden Afrikaner bekannt geworden, mit allein im Jahr 2015 bereits mehreren tausend Toten, die bei den häufigen Schiffsunglücken ertranken. Seit Mitte 2014 registrieren wir dann die massiven Fluchtbewegungen nach Westeuropa, vor allem nach Deutschland, überwiegend auf dem Landweg, vor allem infolge des Bürgerkriegs in Syrien und dem Irak sowie in Eritrea und Somalia und in bis dahin unbekanntem Größenordnungen.

Sie verdeutlichen aber die Stärke des Einwanderungsdrucks, der sich durch die sich infolge der Weltwirtschaftskrise nach 2008 und der anwachsenden Zahl von kriegesischen Konflikten, insbesondere im Nahen Osten in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen hat. Der weit überwiegende Teil der Flüchtlinge hat allerdings in den Nachbarländern, vor allem im Libanon; Jordanien und der Türkei vorübergehende Aufnahme gefunden. Die etwa 1,5 Millionen, die den Weg nach Europa fanden, haben dazu beigetragen, dass in den Einwanderungsländern die Abwehr der Einwanderungswellen stark zugenommen hat und nationalistische Parteien starken Auftrieb erhielten.

Dabei zeigt der Blick in die Geschichte der Wanderungsbewegungen zum einen etwas von der Langfristigkeit, der Diversität, der räumlichen und zeitlichen Dimension dieser Prozesse und von den relativ begrenzten Möglichkeiten, sie außer mit militärischer Gewalt zu steuern. Nach Informationen der Europäischen Kommission befinden sich derzeit allein in Libyen als dem bevorzugten Transitland etwa eine Millionen emigrationswillige Menschen aus dem subsaharischen Afrika. Das behütet einen vor allzu großem Optimismus, was die politische Einflussnahme angeht. Er zeigt zum anderen aber auch, dass es richtig ist, Migration und die davon ausgehenden Auswirkungen nicht als den Sonderfall, sondern als das Normale zu betrachten, das uns lange, immer erhalten bleiben wird. Und die Vorstellung, es gebe eine „Lösung“ der Migrationsproblematik, ist ein gewichtiger Teil der Problematik selbst.

3. Militärische Interventionen im Ausland

Der Zerfall des sowjetischen Blocks zog in Europa überall dort schwierige und zum Teil gewaltsam ausgetragene Konflikte nach sich, wo nationale Gegensätze in den Jahrzehnten der kommunistischen Herrschaft nicht gelöst, sondern unterdrückt worden waren, insbesondere an der Peripherie des sowjetischen Machtgebiets. Dass aber in Jugoslawien nun die blutigsten Konflikte in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg ausgetragen wurden, die mehr als 100.000 Menschen das Leben kosteten, kam für die meisten Europäer völlig unerwartet.

Der jugoslawische Bürgerkrieg, zu dessen Symbol das Massaker von Srebrenica wurde, war ein Tiefpunkt in der europäischen Geschichte der Nachkriegsjahrzehnte, und er veränderte auch die politischen Debatten in Europa und in Deutschland. Für jedermann erkennbar hatten es die europäischen Staaten nicht vermocht, bei diesem Konflikt vor der eigenen Haustür eine gemeinsame Position zu entwickeln und diese auch durchzusetzen. Die USA, nicht die Europäer hatten den Bürgerkrieg beendet. Was Deutschland betraf, so war es zwar mit seiner Anerkennung Kroatiens und Sloweniens vorgeprescht, zeigte sich dann aber nicht in der Lage, diese Staaten ebenso wie dann Bosnien-Herzegowina auch zu schützen, schon gar nicht mit militärischen Mitteln. Zudem hatte der Jugoslawien-Konflikt noch einmal mit Nachdruck verdeutlicht, mit welchen Vorbehalten die europäischen Staaten dem vereinten Deutschland gegenüberstanden. Wer geglaubt hatte, Deutschland sei jetzt nach der Wiedervereinigung eine „normale Nation“, sah sich getäuscht.

Aber welche Konsequenzen waren daraus zu ziehen? Ohne Zweifel zielte die deutsche Außenpolitik *nicht* darauf, durch militärische Einsätze im Ausland den eigenen Einfluss zu vergrößern. Allerdings hatte das Bundesverfassungsgericht im Juli 1994 die Entsendung deutscher Truppen zu von der UNO mandatierten Einsätzen außerhalb des NATO-Gebiets gebilligt. Bereits nach dem Irak-Krieg und der verbreiteten Kritik an der deutschen Zurückhaltung hatte die Bundesregierung erste Versuche halb-militärischer Hilfeleistungen im Ausland unternommen. Das aber waren nur symbolische und eher experimentell angelegte Beiträge, um die Bereitschaft Deutschlands zu dokumentieren, den Verbündeten beizustehen. Im Bundestag erreichte die Regierung für solche Auslandseinsätze die Unterstützung der Mehrheit – nicht aber in der Bevölkerung. Ein Mandat für eine neue, „kraftvolle“ Außenpolitik ergab sich daraus nicht.

So begann auch der Kriegseinsatz gegen Serbien im Kontext der Kosovokrise Anfang 1999, der erste, an dem sich Deutschland mit eigenen Truppen beteiligte, unter denkbar schlechten Voraussetzungen. Der Einsatz war nicht von der UNO mandatiert worden, er richtete sich gegen einen ehemaligen Kriegsgegner Deutschlands aus dem Zweiten Weltkrieg, und er traf die gerade neu ins Amt kommende rotgrüne Regierung unerwartet und unvorbereitet. Serbien hatte Deutschland nicht angegriffen und die Begründungen für den Einsatz von Seiten des Außenministers („Auschwitz“) und des Verteidigungsministers („Hufeisenplan“), die suggerierten, der Einsatz diene der Verhinderung eines geplanten Genozids an den Kosovaren, waren äußerst problematisch und erwiesen sich im Rückblick als nicht stichhaltig. Hier ging es vor allem um Bündnistreue, obwohl die rechtlichen

Voraussetzungen dafür gar nicht vorlagen, sowie um das in seiner Bedeutung nicht zu unterschätzende Bestreben der deutschen Politiker und Militärs, nicht noch einmal wie beim Golfkrieg am Katzentisch der Weltpolitik zu sitzen und von der britischen Presse als „german cowards“ verspottet zu werden.

In der Konsequenz allerdings kehrte Deutschland nach dem Kosovo-Einsatz zu der zurückhaltenden und eher verhandlungsorientierten Außenpolitik zurück. Zwar nahm Deutschland am Einsatz in Afghanistan teil, aber doch eher mit einer vorwiegend humanitären Begründung und vermeintlich weit außerhalb von Kampfhandlungen. Den Krieg des jüngeren Bush gegen den Irak lehnte die deutsche Regierung ab, ebenso wie zehn Jahre später einen Militäreinsatz in Libyen – zu Recht, wie sich zeigte, denn die Kritik des deutschen Außenministers Westerwelle, man wisse gar nicht, für und gegen wen man dort kämpfte, wurde rundum bestätigt. Deutschlands Rolle als große Mittelmacht kam am deutlichsten im Engagement bei prekären Verhandlungen zum Tragen, etwa bei dem Bemühen der Osterweiterung von EU und NATO; aber auch etwa in der Ukraine, wo seine wirtschaftliche Stärke und seine militärische Zurückhaltung positive Voraussetzungen boten.

Fazit

Versucht man am Ende ein Fazit der hier vorgetragenen Entwicklungen in Jahren nach der Wiedervereinigung, so kann man drei Punkte festhalten

Erstens: Die Anpassung der deutschen Sozial- und Gesellschaftspolitik an den Niedergang der klassischen Industriegesellschaft und die Bedingungen der Globalisierung ist erst mit erheblicher, mehr als zehnjähriger Verspätung vollzogen worden; dadurch wurde aber zugleich auch vermieden, das Land marktradikal umzubauen, was die ohnehin verschärfte soziale Ungleichheit noch erheblich weiter ausgedehnt und die wirtschaftlichen Risiken, wie sie sich nach 2008 zeigten, erheblich erhöht hätte. Der enorme Aufschwung der deutschen Wirtschaft seit 2005 ist allerdings in erster Linie durch externe Faktoren hervorgerufen worden, durch den gemeinsamen europäischen Markt sowie vor allem durch die Wirtschaftsexplosion in Asien, deren absehbarem Ende allerdings mit einigem Bangen entgegengesehen werden kann.

Zweitens: Die Einwanderungswelle der frühen 90er Jahre ist nicht als Fortsetzung früherer Formen der Arbeitsmigration zu verstehen, sondern als Ausdruck des wirtschaftlichen Gefälles vor allem zwischen West und Ost. Differenzen sie hat seit 2012 ihre verschärfte Fortsetzung gefunden, nun aber vor allem in der Nord-Süd-Relation und der damit einhergehenden politischen Destabilisierung der einstigen Kolonialregionen, vor allem des Nahen Ostens. Sie wird sich in den nächsten Jahren vermutlich weiter zu einer starken politischen Belastung der Gesellschaften des Westens, vor allem Westeuropas und hier insbesondere Deutschlands ausdehnen. Massenmigrationen, das zeigen alle historischen Erfahrungen, bringen immer erhebliche soziale, wirtschaftliche und kulturelle Probleme mit sich, die nicht durch einen Willensakt allein auszugleichen sind. Die Deutschen wie die

meisten anderen europäischen Länder stehen hier vor zwei Übeln: auf der einen Seite die katastrophale Lage der Flüchtlinge, vor allem der aus Syrien, für die rasche, nachhaltige Hilfe unerlässlich ist. Auf der anderen Seite das dadurch forcierte Aufkommen eines fremdenfeindlichen Nationalismus, der geeignet ist, die politische Stabilität in Deutschland und Europa nachhaltig zu erschüttern.

Drittens: Die Rolle Deutschlands im internationalen Kontext ist v.a. durch Widersprüche gekennzeichnet. Einerseits gibt es ein (etwa in der Griechenlandkrise 2015) erneut unübersehbares Misstrauen gegenüber Deutschland und seiner dominanten wirtschaftlichen Rolle, nachdem die Einführung des Euro die deutsche wirtschaftliche Vormachtstellung nicht hatte einengen können, sondern vielmehr noch bestärkte. Andererseits verlangen die europäischen Partner von Deutschland Führung und internationales Engagement. Mit der Politik der außenpolitischen Zurückhaltung ist das vereinte Deutschland jedoch insgesamt besser gefahren als mit den Fällen des Interventionismus. Die deutsche Stellung in der Welt hat sich nach dem Engagement in Afghanistan nicht verbessert und nach der Verweigerung des Engagements im Irak und Libyen nicht verschlechtert. Und insgesamt wird man im Rückblick wohl sagen müssen, dass noch jeder „Krieg gegen den Terror“ seit dem Irak Krieg von 2001 ff. den Terror nicht vermindert, sondern verstärkt hat.

Anders in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts ergeben sich die für die Zukunft zweifellos zu erwartenden Gefährdungen also überwiegend nicht aus den inneren Spannungen und Widersprüchen dieses Landes. Auch nicht, wie man zu Beginn der neunziger Jahre vielleicht noch erwartet hätte, aus den Nachwirkungen des Zusammenbruchs der DDR. Die größten Herausforderungen erwachsen eher aus den internationalen Konstellationen, aus der neuen politischen und wirtschaftlichen Weltordnung, in die Deutschland eingebunden ist, ohne sie ganz im eigenen Sinne beeinflussen zu können:

- aus den weiterwirkenden Dynamiken des Nord-Süd-Konflikts, deren Ausmaße nicht absehbar sind und sowohl im Islamismus wie in der Flüchtlingskrise der Gegenwart ihren derzeitigen Ausdruck finden;
- aus den Gefahren des enthemmten Finanzkapitalismus, der nach dem Verschleiß der Alternativen selbstzerstörende Elemente offenbart;
- aus der unklaren und zunehmend aggressiven Suchbewegung des russischen Nachbarn nach einer postsowjetischen Identität;
- aus den Widersprüchen eines wirtschaftlich ungleichgewichtigen und politisch heterogenen Europas mit einer problematischen Dominanz Deutschlands;
- und aus der überall aufkommenden Renaissance des Nationalismus, die man in historischer Perspektive wohl als Reaktion auf Globalisierung, Liberalisierung und beschleunigte Modernisierung verstehen muss, die aber das Potential hat, die über Jahrzehnte hinweg mühsam erreichten Fortschritte im Bereich von Politik und Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur wieder zum Einsturz zu bringen.

Deutschland ist im globalen Kontext jedoch zu klein, um diese Entwicklungen allein merklich und nachhaltig in eigenem Interesse beeinflussen oder gar steuern zu können. Es ist aber zugleich zu groß und wirtschaftlich zu stark, als dass es diesen Prozessen ausweichen oder sich darunter abducken könnte. Hier liegt die wichtigste Legitimation der Europäischen Union, deren innere Probleme und Widersprüche wir in diesen Wochen intensiv nachverfolgen können. Aber wenn man, wie Ulrich Bielefeld das kürzlich getan hat, die EU als postfundamentale Gesellschaft versteht, ohne Staatsvolk, ohne nationale Identität, sondern als Interessenverband, wird man solche Widersprüche nicht nur als Defizite erkennen, sondern als unvermeidliche Nebenfolgen eines solchen historisch beispiellosen Koordinationsverbands. Man wird ihn nicht lieben können wie eine Nation. Aber muss ihn auch nicht fürchten wie die exzessive Nationsverehrung, zumal in Deutschland. In der neuen Weltordnung ist er, für die Deutschen wie für die anderen, die einzig aussichtsreiche Option.

Vor zwei Jahren habe ich mein Buch über die Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert mit den Worten beendet: „Wer angesichts der vergangenen 100 Jahre bilanziert, das Ausmaß von Glück und Unglück sei zu allen Zeiten gleich, verkennt die Entwicklung nach 1945 und auch nach 1990 jedenfalls in Deutschland und auch die Erfahrungen der Menschen, die in diesem Lande lebten und leben. Das kann, wer will, auch Fortschritt nennen. Aber es ist auch nicht auszuschließen, dass am Ende mit diesem Fortschritt einhergehenden Gefahren nicht geringer sind als die überwundenen.“

Man kann sich nun des Eindrucks nicht erwehren, dass die hier formulierten Befürchtungen womöglich schneller wahr werden als gedacht.